



Medientyp:	Tageszeitung	Auflage:	131.589
Veröffentlichungsdatum:	11.09.2012	Verkaufte Auflage:	123.113
Seite :	4	Verbreitete Auflage:	128.294
		Reichweite:	350.000

Die Botschaft von Hollande lautet: Gebt mir noch mehr Zeit

Frankreichs Präsident will im Kampf gegen das Staatsdefizit 30 Milliarden Euro einsparen und bei Durchschnittsverdienern abkassieren
Von Ansgar Haase

Paris. »Der Wandel passiert jetzt«, lautete der Wahlkampfslogan des französischen Präsidenten François Hollande. Doch nach vier Monaten im Amt warten die Franzosen immer noch auf die Veränderungen, die ihnen wieder Wachstum und Beschäftigung bringen sollen. Angesichts der steigenden Unzufriedenheit seiner Landsleute äußerte sich der sozialistische Staatschef im Fernsehen zu seinem Programm. Doch der Auftritt war für viele eher ernüchternd. »Der Wandel ist in zwei Jahren, und um noch genauer zu sein, in fünf Jahren«, kommentierte die Online-Ausgabe des liberalen Magazins »Le Point«. Denn die Botschaft von Hollande lautet: Gebt mir noch mehr Zeit.

»Vom »Jetzt« keine Spur«, bemerkte auch Norbert Wagner von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Paris. Hollande habe bei seinen Initiativen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf einen relativ späten Zeitpunkt Ende des Jahres verwiesen, »als ob die Regierung erst Ende des Jahres die Arbeit aufnehmen würde«. Da dränge sich die Frage auf, was in den vergangenen Monaten passiert sei. »War die Regierung da in Urlaub?«

Hollande bemühte sich, den Eindruck zu vermitteln, er habe in der Krise das Ruder in der Hand. »Ich stehe für eine Präsidentschaft der Aktion und Bewegung«, sagte der 58-Jährige, dem in den vergangenen Monaten Untätigkeit vorgeworfen wurde. Seine Sozialistische Partei bescheinigte ihm, er habe sich auf der Höhe seiner »historischen Verantwortung« gezeigt: »Ein Präsident, der mobilisiert ist und mobilisiert«, erklärte Parteichefin Martine Aubry.

Was die Probleme Frankreichs angeht, nahm der Präsident kein Blatt vor den Mund. Er korrigierte die Wachstumserwartung für das nächste Jahr nach unten, nannte die hohe Zahl von drei Millionen Arbeitslosen und sprach von den 30 Milliarden, die er für den Haushalt 2013 zusammenbekommen müsse. Doch



»Ich stehe für eine Präsidentschaft der Aktion und Bewegung.«

François Hollande, französischer Präsident

die Art und Weise, wie der Staatschef auf die Summe kommen will, überzeugte Kritiker nicht. Der Staat soll im kommenden Jahr zehn Milliarden Euro weniger ausgeben als ursprünglich geplant. Dafür sollen unter anderem die laufenden Kosten um sieben Prozent gesenkt werden.

In etlichen Ministerien stehen Stellenstreichungen an. »Minderausgaben von einem Jahr zum anderen gab es in Frankreich noch nie«, bemerkte

Wagner dazu.

Auch die zehn Milliarden, die Hollande von Unternehmen einkassieren will, stoßen auf Kritik. Der frühere konservative Regierungschef François Fillon sprach von einem »Keulenschlag« für die Firmen, die durch schlechte Konjunktur und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit ohnehin schon in Schwierigkeiten stecken. Zudem sollen Dividenden, Erlöse aus Aktienverkäufen und andere Kapitaleinkünfte künftig ähnlich besteuert werden wie Arbeitseinkommen. Bisher gibt es anlegerfreundliche Sonderregelungen.

Der dritte Topf, aus dem die

30 Milliarden kommen sollen, sind die privaten Haushalte. Hollande versicherte zwar, dass vor allem die Wohlhabenden zur Kasse gebeten werden. Spitzenverdiener sollen zwei Jahre lang 75 Prozent von Arbeitseinkünften abführen, die über einer Million Euro pro Jahr liegen. Geplant ist zudem ein Steuersatz von 45 Prozent für Einkommen von mehr als 150 000 Euro. Doch Hollande räumte auch ein, dass sein eher symbolischer Spitzensteuersatz für Millionäre nur 2000 bis 3000 Steuerzahler betreffe. Mitten in dieser Debatte bestätigte der 63 Jahre alte Haupteigentümer des weltgrößten Luxusgüter-Herstellers Louis Vuitton Moët Hennessy (LVMH), dass er die belgische Staatsbürgerschaft beantragt habe.

Damit dürfte die Hauptlast auf die Durchschnittsverdiener entfallen. Experten sagen eine Erhöhung der allgemeinen Sozialsteuer CSG voraus,

die praktisch dem Arbeitnehmerbeitrag zur Krankenkasse entspricht. Hollande hat vage in Aussicht gestellt, die Sozialabgabenlast für Unternehmen zu senken. Damit sollen die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhöht und der Arbeitsmarkt angekurbelt werden. Aufgefangen werden könnte ein solcher Schritt über eine Erhöhung der auf Einkünfte fällig werdenden Sozialsteuer.

»Es sind alle Franzosen und insbesondere die Mittelschicht, die bezahlen«, sagte der frühere Arbeitsminister und Abgeordnete der konservativen UMP, Xavier Bertrand. »Die Haushalte wird es voll treffen«, war sich auch Wagner sicher. Mit einer solchen Aussicht dürfte es Hollande schwerfallen, sein jetzt gegebenes Versprechen für das Ende seiner Amtszeit einzulösen: »2017 werden wir besser leben als 2012.«